

Beschlussvorlage

Geschäftszeichen:
III/33/WG022;T: -2550

Verantwortliche/r:
Worm, Gerd

Vorlagennummer:
33/010/2016

Umbau und Weiterentwicklung der Ausländerbehörde

Beratungsfolge	Termin	Ö/N	Vorlagenart	Abstimmung
Haupt-, Finanz- und Personalausschuss	20.01.2016	Ö	Gutachten	
Stadtrat	21.01.2016	Ö	Beschluss	

Beteiligte Dienststellen

Ämter 11, 24, eGov, 20

I. Antrag

Die Verwaltung wird beauftragt, das am 18.12.2015 von der Arbeitsgruppe für Haushaltskonsolidierung und Verwaltungsvereinfachung (AGHV) genehmigte Konzept zu Weiterentwicklung und Umbau der Ausländerbehörde im laufenden Jahr baulich und organisatorisch umzusetzen.

II. Begründung

1. Ergebnis/Wirkungen

Die Etablierung einer Willkommenskultur in der Verwaltung der Stadt Erlangen ist für die Ausländerbehörde mit einem Umbau sowohl ihrer räumlichen Infrastruktur wie auch ihrer Aufbau- und Ablauforganisation verbunden. Die Serviceorientierung und Effizienz in den bürgerbezogenen Geschäftsprozessen soll erhöht werden und der gesamte Bürgerkontakt von einer transparenten, kompetenten und respektvollen Grundhaltung (Willkommenskultur) geprägt sein.

2. Programme / Produkte / Leistungen / Auflagen

Der Stadtrat hat am 26.09.2013 beschlossen, die Verwaltung mit der Erstellung eines Konzepts für den Umbau der Ausländerbehörde zu beauftragen. Der entsprechende Projektauftrag wurde vom Projektentscheidungs-gremium (AGHV) am 31.01.2014 an Amt 33 und Amt 11 erteilt. Er umfasste u.a. die Durchführung baulicher Veränderungen sowie einer Personalbemessung und Organisationsuntersuchung. Am 18.12.2015 wurde das finale Konzept der AGHV vorgelegt und von dieser freigegeben.

3. Prozesse und Strukturen

Für Einzelheiten wird auf die Anlage 1 „Weiterentwicklungskonzept der Ausländerbehörde – Resumee“ verwiesen. Das umfassende Gesamtkonzept kann auf Anfrage bei Amt 33 bezogen werden. Das Konzept enthält folgende, wesentliche Festlegungen:

- 3.1 Es erfolgt die Einrichtung einer Wartezone mit zugehörigen Thekenarbeitsplätzen („Rezeption“) vor den Aufzügen im 2. OG des Rathauses. Dort sollen vorgelagerte Standarddienstleistungen erbracht und Kurzanliegen abschließend erledigt werden. Der Rezeption kommt vor allem eine Schlüsselfunktion in der neuen Ablauforganisation der Ausländerbehörde zu. Die dortigen Mitarbeiter_innen haben die Aufgabe, eigenverantwortlich Publikumsströme an einer zentralen Anlaufstelle effektiv zu filtern und zu steuern. Die nachgelagerte Sachbearbeitung wird von spontanen Vorsprachen entlastet und gewinnt zusätzliche Kapazitäten für komplexe Vorgänge.

Die Rezeption verbessert somit maßgeblich die Bürgerorientierung in den Geschäftsprozessen der Ausländerbehörde.

3.2 Die Ausländerbehörde richtet zur optimierten Wahrnehmung des gesetzlichen Auftrags der Integration (§§ 43 ff Aufenthaltsgesetz - AufenthG) eine neue Organisationseinheit „Beratungsstelle für Integrationsfragen – BestIn“ ein. Sie stellt eine fachgruppenübergreifende Zusammenarbeit und die Einbindung von externen Kooperationspartnern sicher. Sie trägt zur Nachhaltigkeit der Integrationsaktivitäten von und für Zuwanderer bei. Unter Integrationsfragen werden dabei alle komplexen Problemstellungen verstanden, die im Zusammenhang mit Zuwanderung und Aufenthalt von Nicht-Deutschen in Erlangen auftreten. Die BestIn sorgt für abgestimmte Vorgehensweisen zwischen allen am Prozess Beteiligten und trägt zum Imagegewinn der Ausländerbehörde und somit der gesamten Stadtverwaltung bei.

3.3 Zur Realisierung der unter 3.1 genannten Wartezone und Rezeption sind Umbauten erforderlich. Auf die Anlage 2, Planskizze des Amtes 24, wird Bezug genommen. Die Fläche der künftigen Wartezone/Rezeption ist bisher mit Personal der Ausländerbehörde belegt. Für dessen Unterbringung wurden bereits Ersatzflächen erschlossen. Die Kräfte werden ab Februar in räumlicher Anbindung an die zuständige Gruppenleiterin – vormalige Räume der Abteilung Sozialversicherungsangelegenheiten - untergebracht. Die Abteilung Sozialversicherungsangelegenheiten ist in Räume im 10. OG des Rathauses umgezogen.

4. Ressourcen

Auf die als Anlage 3 beiliegende Kostenzusammenstellung wird Bezug genommen.

Investitionskosten:	32.000 €	bei IPNr.: 122.K351B; weitere erforderliche Mittel können erforderlichenfalls der Budgetrücklage des Amtes 33 entnommen werden.
Sachkosten:	150.210,00 €	bei Sachkonto: 521112
Personalkosten (brutto):	mindestens 188.238 € (Ergebnis Personalbemessung Fa. Kienbaum 1,8 VZÄ SB Integration, 3,77 VZÄ SB Rezeption)	bei Sachkonto:
Folgekosten	€	bei Sachkonto:
Korrespondierende Einnahmen	€	bei Sachkonto:
Weitere Ressourcen		

Haushaltsmittel

- werden nicht benötigt
- sind vorhanden auf Budget Amt 24, SK 521112, KSt 921982. KTR 11170024 in Höhe von 150.000 € und auf IP-Nr. 122.K351B in Höhe von 32.000 €.
- sind nicht vorhanden auf IPNr.:

Anlagen: Weiterentwicklungskonzept der Ausländerbehörde – Resumée
Planskizze
Kostenzusammenstellung

III. Abstimmung
siehe Anlage

IV. Beschlusskontrolle

V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

VI. Zum Vorgang